

# Der Markt richtet es nicht

Die Mieten stiegen im Jahresvergleich mehr als doppelt so schnell wie die allgemeine Inflation.

Das hat das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) auf der Grundlage der Daten vom letzten Quartal 2025 herausgefunden und im Januar veröffentlicht.

Die Erhebung hat die Mieten in 37

deutschen Städten und Regionen verglichen. Die Angebotsmieten lagen im vierten Quartal 2025 bei 4,5 Prozent über denen des Vorjahres, während sich die Inflation, die das statistische Bundesamt errechnet, mit 2,2 Prozent begnügte. Allein innerhalb der letzten drei Monate stiegen die Angebotsmieten um 1,0 Prozent.



Walter Stehling, Köln, kubistisch, 2026

## In dieser Ausgabe:

- Der Markt richtet es nicht
- Apokalyptische Narren in Blut und Öl
- Ohne Feigenblatt
- Operationsplan Deutschland
- Vertrauensleute Ford: Nein zur Kriegswirtschaft

Spitzenreiter bei den Quadratmeterpreisen ist München mit 23,35 Euro. Es folgen Frankfurt am Main (17,36 Euro), Stuttgart und Hamburg (je etwas mehr als 16 Euro) und Berlin (15,93 Euro). In Köln liegt der Preis pro Quadratmeter bei 15,71 Euro, das ist eine Steigerung von 6,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Ein wichtiger Grund für die steigenden Mieten: Im Zeitraum von zehn Jahren halbierte sich die Zahl der Wohnungsangebote. Zugleich stieg der Anteil der befristeten und möblierten Mietangebote auf Rekordniveau: Bundesweit entfiel 2025 mehr als

jedes sechste Inserat (17 Prozent) auf diese Art von Angeboten. In den acht größten Städten liege der Anteil bei fast einem Viertel, in München sogar bei rund einem Drittel.

Die hohe und steigende Zahl von derartigen Mietverträgen treibt die Wohnungsnot weiter an. Bei möblierten

Wohnungen können Vermieter Mietaufschläge verlangen, deren Höhe rechtlich nicht festgelegt ist. So wird die Mietpreisbremse umgangen. Auch gilt die Mietpreisbremse nicht, wenn eine Wohnung nur zum „vorübergehenden Gebrauch“ vermietet wird.

In Köln sind die Wohnungsmieten seit 2015 um rund 50 Prozent gestiegen. Vor zehn Jahren bezahlte man noch 9,97 Euro pro Quadratmeter. Die Wohnungskonzerne sind selbstverständlich nicht daran interessiert, den Druck, der durch den Mangel entsteht, vom Markt zu nehmen. Sie

verdienen daran. Aber wir sollen glauben, dass die Konzerne durch Subventionen zum Bauen verführt werden. Aber solange diese allein infolge des Mangels ihre Gewinne erhöhen können, tut sich da nichts. Ein Ende der Preissteigerungen kommt nur in Sicht, wenn durch die öffentliche Hand gebaut und vermietet wird. *Richard*

Friedrich „*Whatever it takes*“  
Merz will Deutschland

„zur stärksten Armee Europas“

machen.

Massive innenpolitische Auswirkungen sind die Folge.

„So trostlos war es noch nie!“

1) Regierungserklärung von Bundeskanzler Friedrich Merz, [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de), 14.05.2025.

2) Finanzlage der Kommunen: „So trostlos war es noch nie!“, [www.br.de](http://www.br.de), 20.11.2025.

## Apokalyptische Narren in Blut und Öl

Es sind wohl selten so viele Untaten begangen und Kriege geführt worden wie ums Öl. Aber meist wurden sie mit menschenfreundlichen Zielen verziert. Insofern ist an der US-Militäroperation zur Entführung von Maduro und seiner Frau vom 3. Januar der geringe Aufwand an Rechtfertigungsrhetorik auffällig. Die deutsche Bundesregierung gar unterstützt das Vorgehen wie kaum eine andere EU-Regierung. Ursula von der Leyen hofft auf mehr Demokratie oder macht uns das weis. Bundeskanzler Friedrich Merz, sonst immer vorneweg, wenn es darum geht, die Armen ärmer zu machen, ballt mutig die Faust in Richtung Caracas, nicht aber gegen den großen Zampano in Washington.

„Es gilt, einen geordneten Übergang hin zu einer durch Wahlen legitimierten Regierung zu gewährleisten“, erklärte Merz. Die rechtliche Einordnung des US-Einsatzes sei „komplex“, dafür nehme sich die Bundesregierung Zeit.

Der Kanzler wörtlich: „Nicolás Maduro hat sein Land ins Verderben geführt. Die letzte Wahl wurde gefälscht. Die Präsidentschaft haben wir - wie viele andere Staaten auf der Welt - daher nicht anerkannt. Maduro spielte in der Region, mit unseligen Allianzen weltweit und durch die Verstrickung

Venezuelas in das Drogengeschäft eine problematische Rolle.“

Aber Trump prahlt ganz offen vom großen Geschäft mit dem venezolanischen Öl: „Unsere großen Ölkonzerne werden viele Milliarden investieren und die marode Infrastruktur reparieren. Dann werden wir Geld machen.“

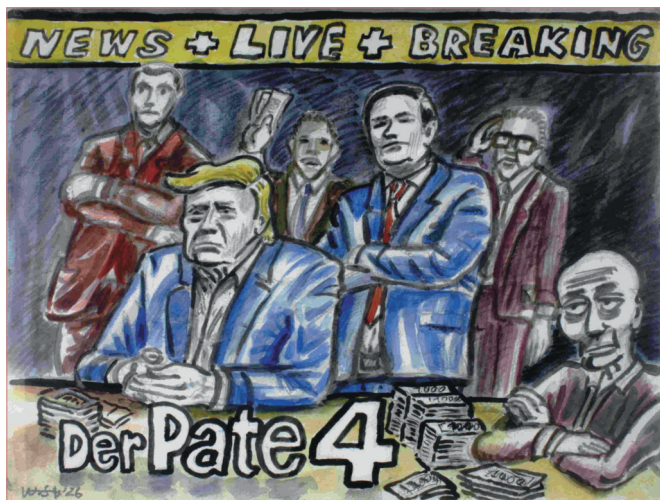


Donroe-Doktrin  
Nur wenige Stunden nach dem Angriff der US-Regierung auf Venezuela veröffentlichte ein offizieller Twitter-Account von Trump dieses Propagandabild, *Trump War Room*, (von US-Kriegsminister Pete Hegseth reposted).

Angesichts der gegenwärtig niedrigen Ölpreise indes zeigen sich die einschlägigen Unternehmen gar nicht interessiert. Eine Woche nach der Maduro-Entführung bewirtete Trump die Ölbarone.

Er warb um Investitionen in Venezuela. Die FAZ vom 13. Januar: „Da Trump das Treffen mit den Ölmagnaten eigentlich nutzen wollte, um der Welt kundzutun, dass er Schulter an Schulter mit der US-Wirtschaft nun wunderbare Geschäfte in Venezuela und die reichen Erdölvorkommen dort bald zugunsten der US-Bürger nutzbar machen werde, war es seiner Laune nicht zuträglich, öffentlich Einwände mitgeteilt zu bekommen, und das auch noch vom Chef des größten US-Konzerns.“ Die Einwände kamen von Daren Woods, dem Chef von Exxon Mobil (Börsenwert: 526 Mrd Dollar). Laut Woods erlauben derzeit die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Venezuela keine Investitionen. Auf deutsch: der Preis für Leichtöl der Sorte WTI von 58,60 Dollar oder der für die Sorte Brent von 63 Dollar ist zu niedrig. Es lohnt nicht.

Klaus



Walter Stehling, *Der Pate 4*, 2026

## Ohne Feigenblatt

Es fällt auf, dass über Venezuela nur noch selten berichtet wird. Woanders passiert einfach zu viel. Etwa im Iran. Wir lesen vom Kampf der dschihadistischen Regierung Syriens gegen die Kurden im Nordosten des Landes. Fotos aus dem Oval Office zeigen eine provokante Karte von ganz Nordamerika inklusive Kanada und Grönland, grundiert mit der US-Flagge. Trumps Auftritt in Davos und bei der Gründung eines bizarren Friedensrates als Gegenentwurf für die UNO füllen Bildschirme und Talkshows. Dürftiger fallen die Berichte über wachsende Proteste der US-Bevölkerung gegen King Trump („No King!“) und das Vorgehen der ICE-Truppe aus.

Es scheint, dass hier eine von Steve Bannon empfohlene Taktik waltet. Es geht um Desorientierung mittels Reizüberflutung. Steve Bannon sprach 2018 in einem Interview von „Flood the zone with shit“. Gegner seien nicht die Anhänger der Demokratischen Partei, sondern die Medien. Diese könnten sich immer nur auf wenige Dinge konzentrieren. Bannon: „Alles, was wir tun müssen, ist: Den Raum überfluten, jeden Tag. Drei Dinge auf einmal tun. Wenn sie sich an einer

Sache festbeißen, erledigen wir schon die nächste.“ Diese Taktik indes beschreibt einen Methode, politischen Einfluss zu gewinnen, nicht jedoch die

Textes lesen wir: „Vorrang des Nationalen: Die grundlegende politische Einheit der Welt ist und bleibt der Nationalstaat. Es ist natürlich und gerecht,

„Gleichzeitig sollten wir alle Anstrengungen unternehmen, um ausländische Unternehmen, die Infrastruktur in der [Westlichen Hemisphäre] aufbauen, zu verdrängen.“ („*National Security Strategy*“ der USA, Nov. 2025)



Mark Carney @MarkJCarney · 37m

I'm headed to Beijing.

China is our second-largest trading partner, and the world's second largest economy. A pragmatic and constructive relationship between our nations will create greater stability, security, and prosperity on both sides of the Pacific.



Der kanadische Premierminister Mark Carney:

„Ich bin auf dem Weg nach Peking. China ist unser zweitgrößter Handelspartner und die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt“, schrieb Carney. „Eine pragmatische und konstruktive Beziehung zwischen unseren Nationen wird zu mehr Stabilität, Sicherheit und Wohlstand auf beiden Seiten des Pazifiks führen.“

**Aber diese Amerikaner machen Geschäfte mit China!**



„La Cumparsita“ - Der uruguayische Komponist Rodriguez begann 1925 den „Tango aller Tangos“ mit den Worten: „Der (karnevalistische) Umzug unendlichen Elends kreist um ein Wesen das bald vor Kummer sterben muß ...“ Heute verheißt die Multipolare Weltordnung, dass die Bekämpfung des Elends weiter auf der Tagesordnung bleibt.

Ziele. Die finden sich im „Project 2025“ der Heritage Foundation, aber auch in der „Nationalen Sicherheitsstrategie“ (NSS) vom November 2025. Hier stehen kennzeichnende Sätze über die UNO, weitere internationale Organisationen und deren Regeln. Verweise auf die Verbindlichkeit des Völkerrechts fehlen. Zu Beginn des schmalen

dass alle Nationen ihre Interessen in den Vordergrund stellen und ihre Souveränität wahren. Wir stehen für die Souveränitätsrechte der Nationen, gegen die souveränitätsuntergrabenden Eingriffe der aufdringlichsten transnationalen Organisationen und für die Reform dieser Institutionen, damit sie die individuelle Souveränität unterstüt-

zen statt behindern und die amerikanischen Interessen fördern.“ Aber die Begeisterung für nationale Souveränität hat Grenzen. Weiter unten zum Thema „Westliche Hemisphäre“ proklamiert die „Nationale Sicherheitsstrategie“: „Nach Jahren der Vernachlässigung werden die Vereinigten Staaten die Monroe-Doktrin wieder geltend machen und durchsetzen, um die Vorrangstellung Amerikas in der westlichen Hemisphäre wiederherzustellen und unser Heimatland sowie unseren Zugang zu wichtigen geographischen Gebieten in der gesamten Region zu schützen. Wir werden Wettbewerbern außerhalb der Hemisphäre die Möglichkeit verweigern, Streitkräfte oder andere bedrohliche Kapazitäten in unserer Hemisphäre zu positionieren oder strategisch wichtige Vermögenswerte zu besitzen oder zu kontrollieren.“

Paula Pawlik

## Operationsplan Deutschland

Die Bundeswehr hat Anfang 2024 ein Papier zur zivil-militärischen Zusammenarbeit vorgelegt, den sogenannten Operationsplan Deutschland (OPLAN-DEU). Es handelt sich dabei um ein 1000-seitiges internes und geheim gehaltenes Papier. Eine zweite Version soll bis Mitte 2026 fertig gestellt sein. Beauftragt mit dessen Erstellung wurde im April 2023 das Territoriale Füh-

rungskommando der Bundeswehr von der damaligen Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD). Das Papier geht unverhohlen von einem Krieg gegen Russland aus. Deutschland werde in diesem Fall als Drehscheibe der NATO fungieren. Die Kalkulationen der Bundeswehr beruhen auf der unwahrscheinlichen Voraussetzung, dass ein direkter Krieg zwischen NATO und Russland nur konventionell ohne den Einsatz von Atomwaffen ausgetragen wird. Im Ernstfall müssten 800.000 NATO-Soldaten und 200.000 Fahrzeuge innerhalb von 6 Monaten durch Deutschland Richtung Osten geschleust werden. In umgekehrter Richtung rechnet die Bundeswehr mit rund 1000 Verletzten, die pro Tag von der Front zur Behandlung nach Deutschland gebracht werden müssen. Nach der in militärischen Kreisen verbreiteten Faustregel kommen auf drei Verletzte ein Toter, also über 300 Tote täglich nach Schätzung der Bundeswehr.

Der Operationsplan wird der breiten Öffentlichkeit vorenthalten. Er beinhaltet die Aufhebung von Grundrechten und verfassungsrechtlicher Grundsätze, wie der föderale Staatsaufbau oder das

### Impressum:

**Herausgeber:**  
Gruppenvorstand der DKP Köln-Innenstadt  
**Eigendruck**  
**Kontakt:**  
vorstand@dkp-koeln.de  
V.i.S.d.P.: Walter Stehling,  
Am Stadtpark 68, 51373 Leverkusen

Trennungsgebot zwischen Militär, Polizei und Geheimdiensten, beides Lehren aus der NS-Zeit. Die Einbindung ziviler Akteure, privater Unternehmen, öffentlicher Institutionen, des Bildungs- und Gesundheitsbereichs in die Kriegsvorbereitung wird längst auf der Basis des Operationsplans praktiziert. Bei einem Treffen beispielsweise der Bundesärztekammer (BÄK) mit Fachleuten aus der Ärzteschaft, Politik, Militär und Katastrophenschutz im Oktober 2024 machte man sich Gedanken darüber, wie das marode Gesundheitssystem

te Soldaten bekommen Vorrang bei der medizinischen Behandlung. BÄK-Präsident Dr. med. Klaus Reinhardt fragt: „Wie gut kann ein Land auf Krisen vorbereitet sein, wenn schon (...) im Regelbetrieb die Kochsalzlösung fehlt? Wo soll das Personal im Ernstfall herkommen, wenn der Personalmangel jetzt schon zu langen Wartezeiten und Stationsschließungen führt?“

Lösung: Zwangsverpflichtung und Rückgriff auf die rund 1,7 Millionen ehrenamtlichen Einsatzkräfte, inklusive Feuerwehr und Technischem Hilfswerk.



Felix Winter, Schutzschirm, 2024

„resilienter“, das heißt kriegstüchtig gemacht werden kann. Der Inspekteur des Zentralen Sanitätsdienstes der Bundeswehr, Generaloberstabsarzt Dr. med. Ralf Hoffmann: er verfüge über maximal 1.800 Betten in den fünf Bundeswehrkrankenhäusern. Im Ernstfall seien hingegen rund 10.000 Krankenhausbetten notwendig. Lösung: Triage, verletz-

Die gesetzliche Grundlage zur Zwangsverpflichtung von Zivilpersonen zu bestimmten Tätigkeiten schon nach Ausrufung des Spannungsfalls,

also noch vor einer kriegerischen Eskalation, liefern die sogenannten Sicherstellungsgesetze. Sie sind Teil der Notstandsgesetze von 1968, die seitdem Bestandteil des Grundgesetzes sind (Art.115 GG). Gegen die aufmüpfigen Studenten gerichtet, wurden sie aufgrund heftiger Proteste nicht angewendet.

Dirk Stehling

Vollversammlung der Vertrauensleute der IG Metall bei den Ford-Werken in Köln  
am 24.01.2026 :

## Nein zur Kriegswirtschaft

### Wir geben unsere Kinder nicht für Kriege!

*Der IG Metall Vertrauenskörper der Ford-Werke in Köln schaut mit großer Sorge auf die weltweite Aufrüstung und zunehmenden Kriege. In Deutschland werden bereits erste Werke zur Umstellung auf Rüstungsproduktion gesucht. Wer uns damit Arbeitsplätze verspricht, versucht auf üble Weise die Existenzängste der Belegschaften in der Autoindustrie aus[zu]nutzen. Aufrüstung sichert nicht den Frieden, sondern bereitet Kriege vor. Wenn die Regierung einen „Notstand“ ausruft, wird das Streikrecht beschnitten, gibt es Arbeitsverpflichtung und Anordnungen zu extremer Arbeitszeitausdehnung. Im „Kriegsfall“ kommt laut „Arbeitssicherstellungsgesetz“ (ASG) eine Zwangsverpflichtung unter Androhung von Gefängnis für sogenannte Spezialisten aller Berufsgruppen hinzu. In den Schützengräben der Welt sterben Menschen wie du und ich nicht für höhere Werte, sondern für die Interessen großer Kapitaleigner. Die Rüstungsindustrie jubelt über explodierende Gewinne. Die Wiederaktivierung der Wehrpflicht ist in Vorbereitung, um künftig auch unsere Kinder in Kriege zu schicken. Diese Entwicklung machen wir nicht mit!*

*Aufrüstung und Kriegswirtschaft sind gegen die Interessen der Kolleginnen und Kollegen und unserer Familien und widersprechen unseren gewerkschaftlichen Zielen. Unterstreichen wir unsere Losung „Kampf um jeden Arbeitsplatz!“ und setzen wir uns aktiv für unser Ziel „Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung“ ein. (Satzung unter §2 „Aufgaben und Ziele der IG Metall“.)*

*Und wir rufen den IG Metall Vorstand  
und alle Mitglieder auf:*

*Nein zum Umbau auf  
Kriegswirtschaft!*

**Unser nächster Gruppenabend:  
4. Montag im Monat, 19:30 Uhr  
Kartäuserwall 18, Halle  
Schau doch mal vorbei!**